

Einladung durch die „Kritische Suchbewegung“

**Virus trifft Kapitalismus: Was nun?
Ökonomische, ökologische, gesellschaftliche Lehren**

Prof. Dr. Rudolf Hickel

Dienstag, 16. September 2021, um 19 Uhr im Haus der Wissenschaft



Virus trifft auf die seit Jahrzehnten vorangetriebenen Fehlentwicklungen:

1. Die soziale Spaltung der Gesellschaft durch die Pandemie vorangetrieben:

- Neu: Lohnverluste durch Kurzarbeit/Lohndruck/Absturz Soloselbständiger
- Konzentration der Einkommens- und Vermögensverteilung
- Wachsendes Armutsrisiko (nicht mehr nur im Alter)
- Neu: Armut durch Erwerbsarbeit (Spaltung am Arbeitsmarkt): Mindestlöhne
- Unzureichende Infrastruktur für Daseinsvorsorge

Beispiel: Profitwirtschaftliche Durchforstung des Gesundheitssystems

2. Dynamik der kapitalistischen Entwicklung

- Wirtschaftliche Entwicklung: Wachstumsschwäche, wachsende Krisenanfälligkeit
- Spaltung zwischen krisenhafter Realwirtschaft und der spekulativ getriebenen Expansion der weltweiten Finanzmärkte (mit hoher Volatilität und der Sorge vor platzenden Spekulationsblasen
Dominanz der Finanzmärkte (relative Entkoppelung): Hedge- / Private Equity-/Spekulations-Fonds
- Wachsende Marktmacht untergräbt den Wettbewerb der Vielen: Weltweit agierende Konzerne (nicht nur die Big Four)

3. Digitalisierung beschleunigt ohne ausreichende humane Regulierung: Beispiel Arbeitswelt / Bildungssystem

4. Umweltkrise: Erderwärmung wegen Klimakatastrophe politisch gewollt in Richtung 1,5 Grad-Ziel (Pariser Klimagipfel): Instrumentenmix für gigantisches Programm Kein Zurück zur Wachstumsentfesselung vor der Corona-Zeit

Corona-Virus:

- **Brennglas: Macht lang angelegte Fehlentwicklungen sichtbar: Beispiel: Schäden durch Abbau staatlicher Daseinsvorsorge**
- **Brandbeschleuniger: Forciert Fehlentwicklungen : Beispiel Einkommensschwache stärker betroffen (auch Kurzarbeit)**
- **Produziert Scheinerfolge: CO₂- Ausstoß geht zurück
Resultat der Lockdown-Maßnahmen oder nachhaltige Verhaltensänderungen? (Beispiel Binnenflüge)**
- **stärkt nachhaltige Entwicklung etwa durch Verhaltensänderungen beim Konsum und Produzieren**

COVID-19- PANDEMIE im Überblick

URSACHEN: Keine Naturkatastrophe- Folge der Globalisierung

(Vordringen in zuvor abgeschottete Naturräume und Wildtierhandel)



Weltweit sich ausbreitende Pandemie



Gesellschaftlich-politische Aufgabe: Exponentiell wachsende Ansteckung bremsen („Flatten the Curve“)



Ziel: Beherrschbarkeit durch das medizinische System

(Vermeidung Triage-Entscheidungen)



Gegenwehr: Varianten des Lockdowns (hard /light/indirekt)



Absturz der Wirtschaft: Unterschiedliche Betroffenheit



Antikrisenpolitik: Staatliche Überbrückung (derzeitige finanzielle Verpflichtungen des Staats für 2020/2021: 1,5 Bio. €)



Finanzierung durch Staatsschulden: Gute Gründe



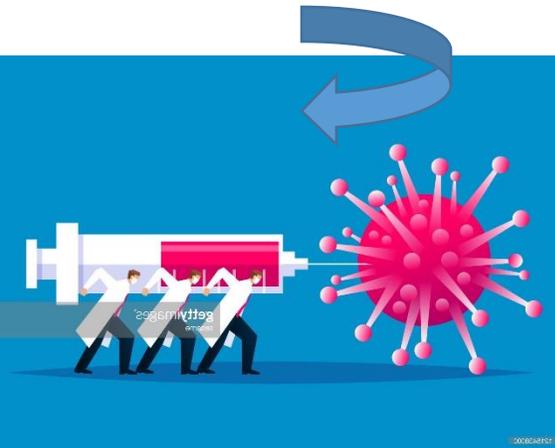
Wer bezahlt die Rechnung? Vermögensabgabe für Tilgungen

Ethik: individuelle Solidarität ↔ Solidarischer Individualismus



Corona stoppen mit
AHA:

Abstand + Hygiene+ Alltag
mit Maske



Wie geht es weiter: 4. / 5. / x-te Welle?

- * Das **Virus** lebt in neuen, aggressiveren Mutanden weiter!
- * Die ökonomische und gesellschaftliche Unsicherheit bleibt bestimmend (siehe aktuell China)
- * Statt neuer flächendeckender Lockdowns: Die G 2- Gesellschaft mit wachsendem Druck auf Nicht-Geimpften (vor allem auch in Betrieben)
- * Überlagernde Lehre aus der bisherigen Corona-Krise:
Ego-Individualismus (Vulgärliberalismus) scheitert gegenüber der Pandemie als „public bad“ im Gegensatz zum „public good“. Wird diese Lehre gesellschaftsprägend oder vertieft sich die Spaltung zwischen Geimpften und Nichtgeimpften?

Eine Zwischenbemerkung

Virus trifft Kapitalismus und damit auch die links-progressive Systemkritik

Der scheinbare Grundwiderspruch

Einerseits: Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ und damit Erfüllungsgehilfe
(mit Rückgriffen auf den faschistischen Staat)

Andererseits: Staat einzige Instanz kollektiver Bekämpfung der Covid-Krise unter demokratischen Bedingungen

Trugschluss: Dieser Staat nutzt die Pandemie als autoritäres System gegen demokratische Rechte

Weitere Trugschlüsse

- * Weil beim massenhaften Maskenkauf betrogen wird, wie bei der Geldwäsche und vielem mehr, ist die Pandemiebekämpfung ein Freibrief für Korruption und Kriminalität!
- * Weil der monopolistische Pharmaziekomplex an den (nach genutzter öffentlicher Forschungsförderung) an den Impfdosen verdient, liefert der Staat ein Profitprogramm!

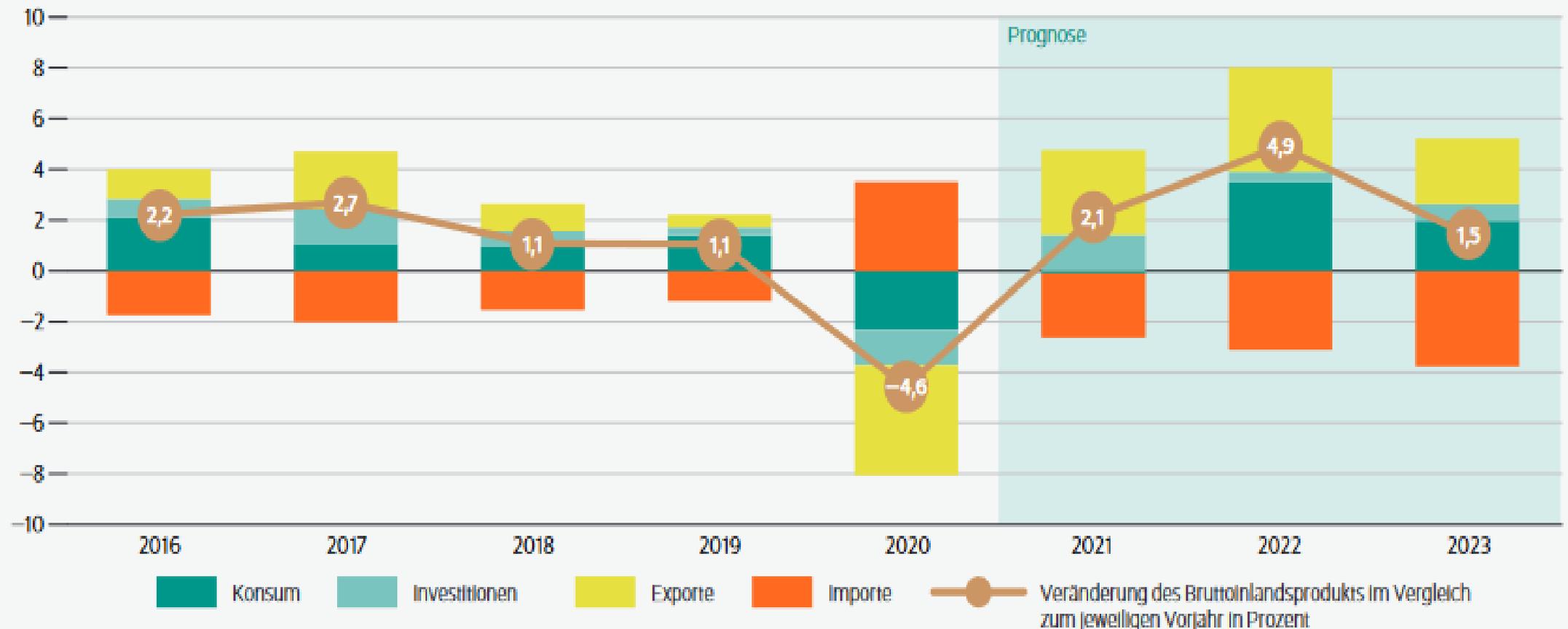
Nachfolgender Blick auf gesamtwirtschaftliche Eckwerte:

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt: V-Verlauf

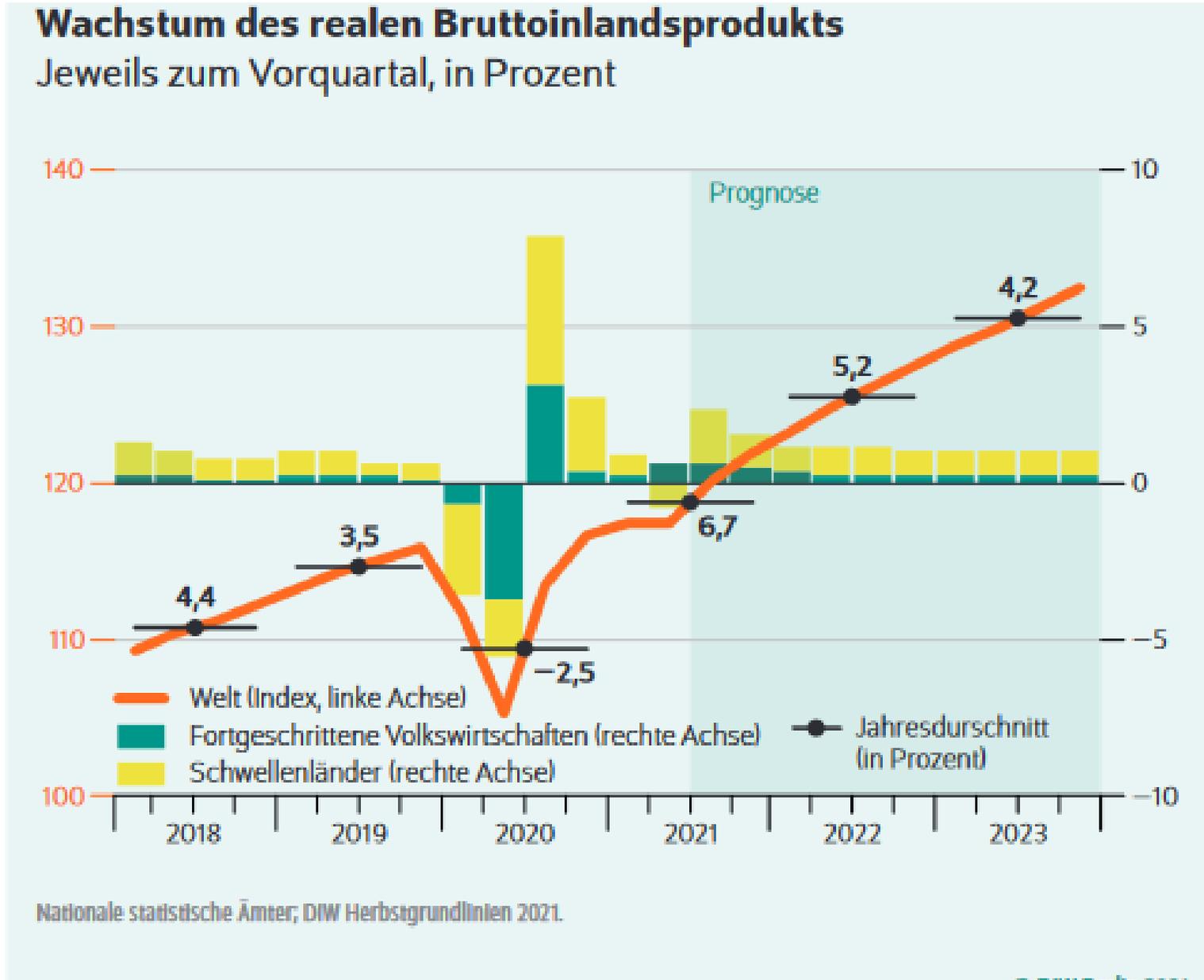
Aufschwung durch gestörte Lieferketten verlangsamt: Nachfrage stößt auf Produktionsengpässe

(DIW-Wochenbericht Nr. 37/2021)

Erst im kommenden Jahr wird sich die deutsche Wirtschaft erholen – vor allem der Konsum belebt sich dann Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



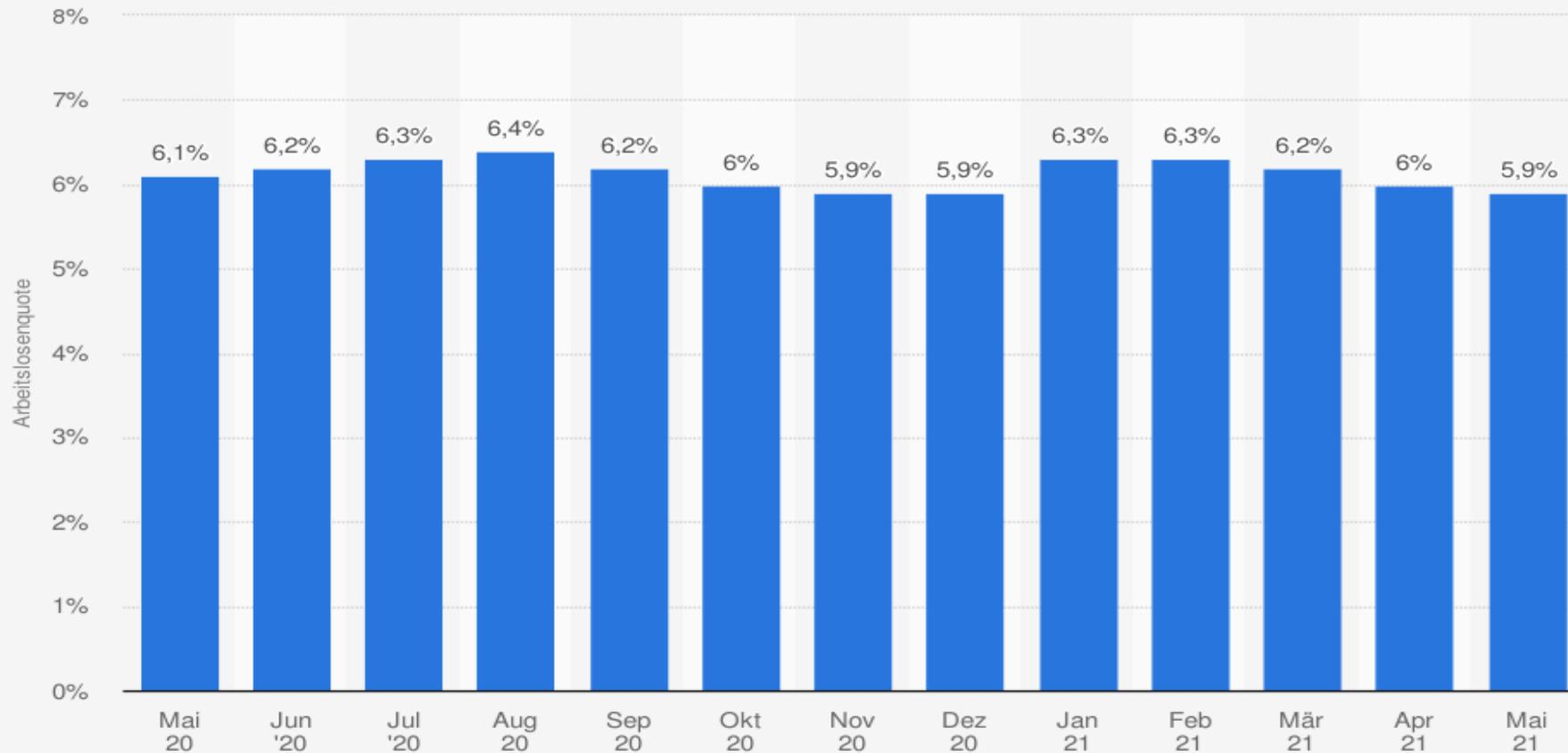
Gesamtwirtschaftliche Produktionsentwicklung im Gleichlauf der Weltwirtschaft



Registrierte Arbeitslosigkeit geht leicht zurück

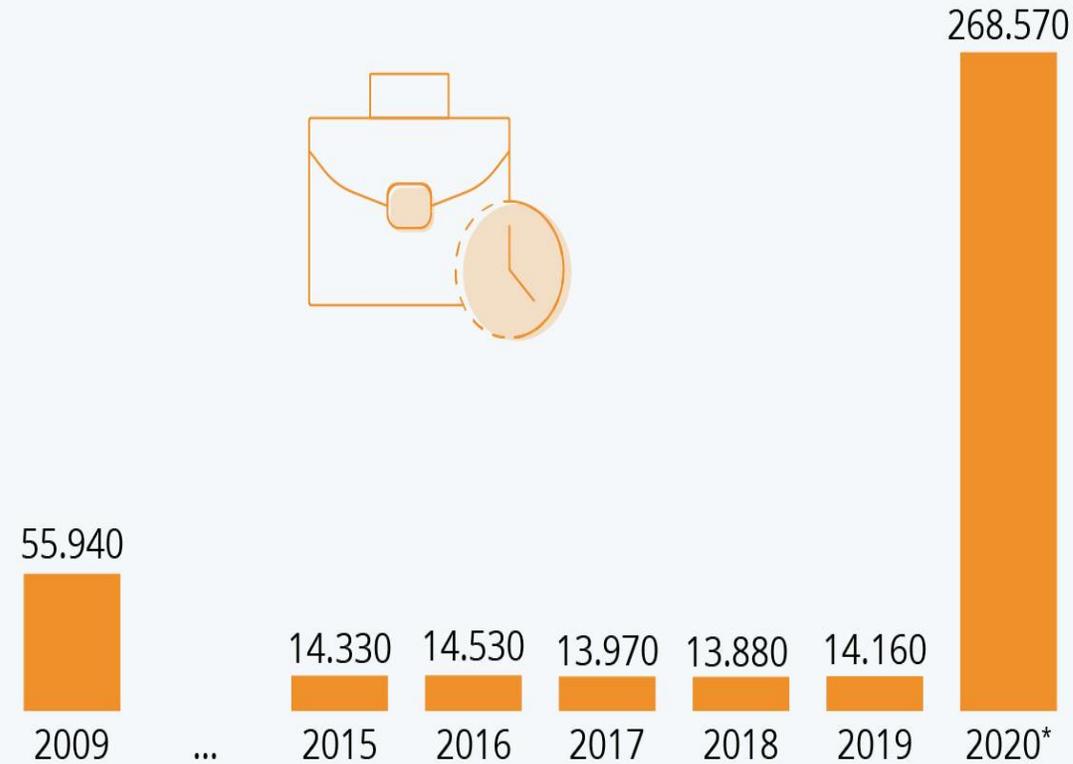
Stärkere Belastung bei den befristet Beschäftigten und Soloselbständigen

Arbeitslosenquote in Deutschland von Mai 2020 bis Mai 2021



Die Kurzarbeit-Nation

Anzahl der Betriebe mit Kurzarbeit in Deutschland im Jahresdurchschnitt bis zur Corona-Krise 2020

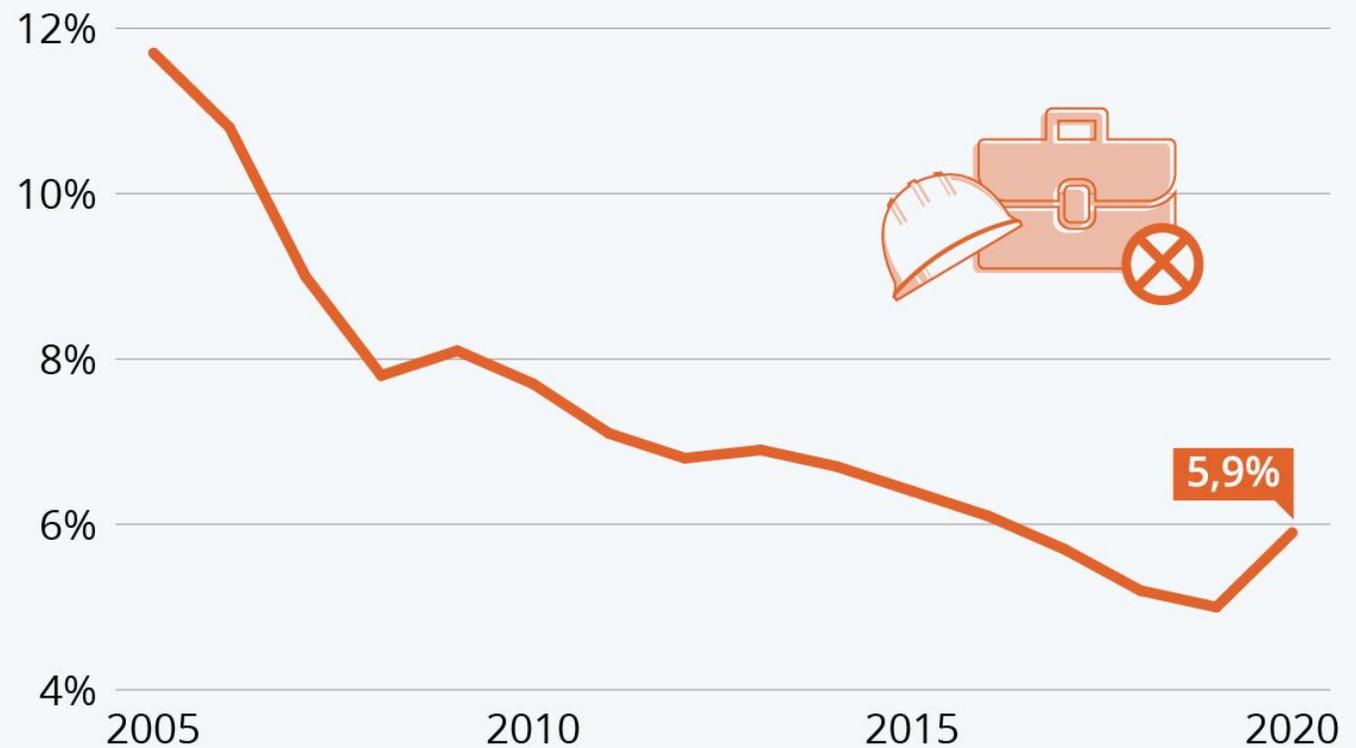


* von Januar bis April

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

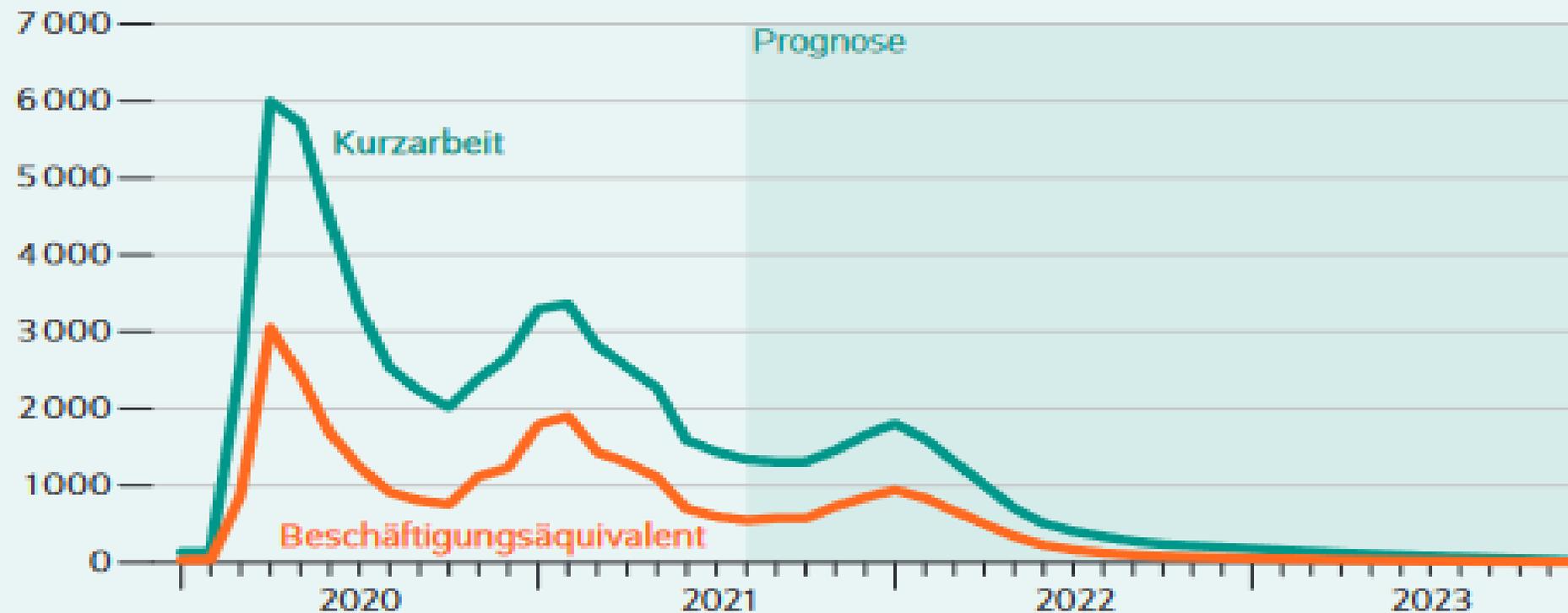
Pandemie treibt Arbeitslosigkeit in die Höhe

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Deutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeit und Beschäftigungsäquivalent In tausend Personen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIW Herbstgrundlinien 2021; Prognose ab Juli 2021.

© DIW Berlin 20

Die Kurzarbeit geht nach einem Rücksetzer im kommenden Winter sukzessive zurück.

Droht nach einer längeren Phase der Deflation ein massiver Anstieg der Inflationsrate?

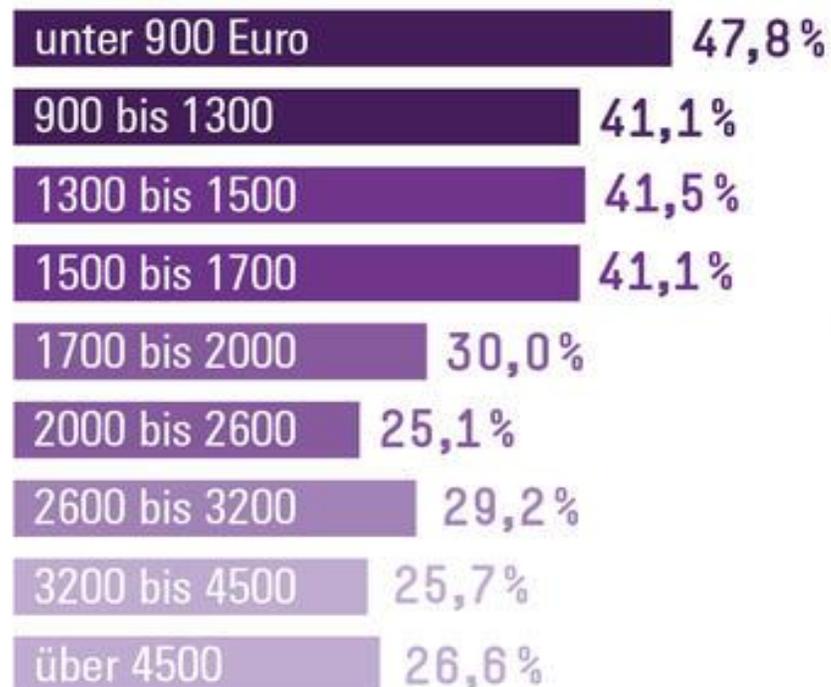
Nein: vor allem Sonderfaktoren: Rohölpreise, CO2-Preis, Mehrwertsteuer, Lieferkettenprobleme
Kein Inflationsdruck wegen breitflächigem Nachfrageüberhang und folgender Preis-Spirale



Einkommensschwache durch die Corona-Folgen besonders betroffen
Das Beispiel der Geringverdiener (Kurzarbeitergeld gute Lösung, aber Verluste bei der unteren Lohngruppen höher)

Coronakrise: Geringverdiener besonders betroffen

Einkommen infolge der Corona-Pandemie eingebüßt hatten im Juni 2020
von den Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ...



Corona-Krise trifft vor allem Geringverdiener

Befragte zur Auswirkung der Krise auf ihr Einkommen, nach Haushalts-Nettoeinkommen

■ Bereits negative Auswirkung ■ Negative Auswirkung erwartet



Basis: 6.309 Erwerbstätige (ab 16 Jahren) in Deutschland;
Mitte-Ende Juni 2020; Nettoeinkommen pro Monat

Quelle: Hans Böckler Stiftung



Corona trifft Frauen besonders

Bei der Frage, ob sie oder ihr/e PartnerIn die Arbeitszeit reduzieren mussten, um die Kinderbetreuung in der Corona-Krise sicherzustellen, zeigt sich eine unterschiedliche Belastung nach Geschlechtern und Einkommen (Angaben in Prozent)

Reduzierung der Arbeitszeit bei Frauen  und Männern 

bei Haushaltsnettoeinkommen bis 2000 Euro



bei Haushaltsnettoeinkommen von 2000 bis 3200 Euro



bei Haushaltsnettoeinkommen über 3200 Euro

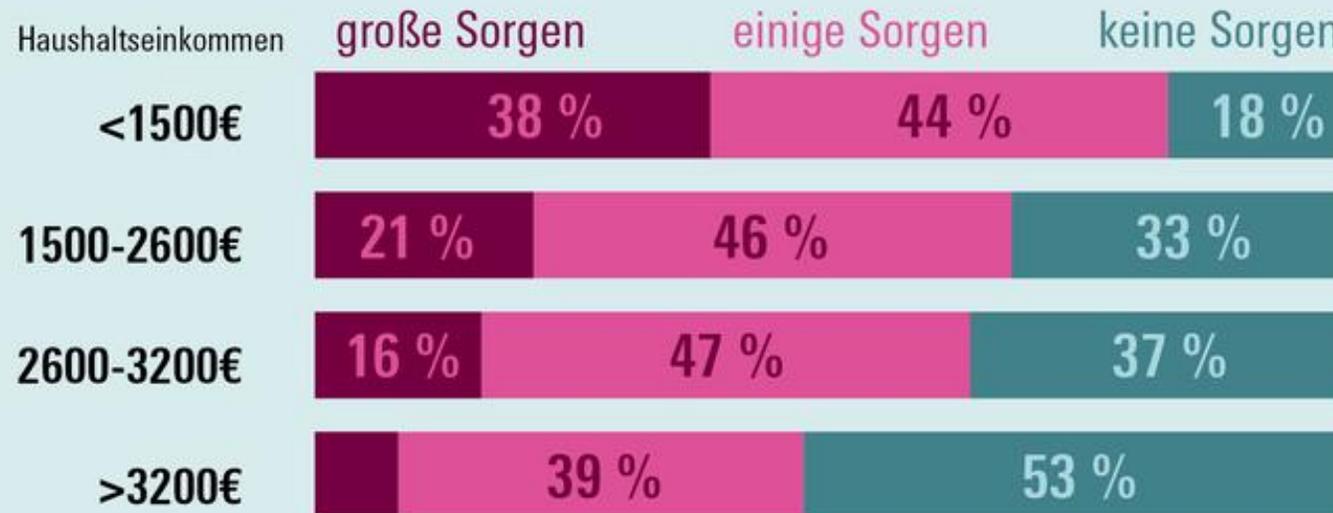
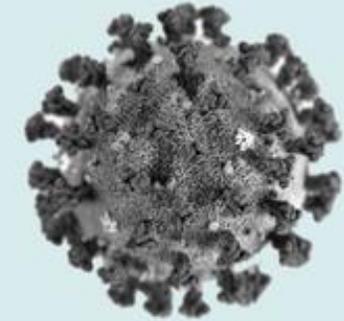


Quelle: Erwerbstätigenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, 05/2020.

Nur Befragte, die mit ihrem/ihrer PartnerIn sowie mindestens einem Kind bis 14 Jahre im Haushalt leben.

© DGB-einblick 06/2020 / CC BY 4.0

Corona belastet bei geringem Einkommen besonders **Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation**



Daten: Erwerbstätigenbefragung Juni 2020

Spaltung:
Wirtschaftliche
Entwicklung und
Armut

* Armutsquote
(rote Linie)

* Wirtschafts-
Entwicklung
(blaue Balken)

Quelle:
Der Paritätische
Gesamtverband



Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

Auswirkungen der Corona-Krise auf den Gesamtstaatshaushalt:

* **Staatsausgabensprung**
(Anteil der Staatsausgaben am BIP) von **45,0 %** in 2019 auf **50,8%** in 2021

* **Staatsschuldenquote**
(nach Maastricht) von **72 %** 2021 auf **67 %** 2023

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2	80
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	81
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	79
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	76
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	4,4	65
2018	46,2	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	3,9	62
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	3,3	60
2020	46,5	23,0	18,1	50,8	0,6	2,7	-4,3	2,7	69
2021	46,2	22,9	18,0	50,8	0,5	2,6	-4,6	2,4	72
2022	45,3	22,4	17,6	47,3	0,5	2,6	-2,1	2,1	69
2023	45,9	22,8	17,8	47,0	0,4	2,6	-1,1	1,9	67
2023/2021	45,8	22,7	17,8	48,4	0,5	2,6	-2,6	2,1	70

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2021.

Was kostet die Corona-Pandemie den Staat? Wer zahlt die Rechnung?

Wirkungskette: Corona-Pandemie → Infektionseindämmung („Flatten the Curve“) → unmittelbare medizinische Kosten → unterschiedliche Shutdown-Maßnahmen → Steuerausfälle → Rettungsmaßnahmen für Wirtschaft und Beschäftigung

Staatliche Kosten (abhängig von Intensität und den Wellen der Corona-Pandemie)

1. Unmittelbare **medizinische Kosten**: Krankenhäuser, Schutzmasken, Testmaßnahmen, Impfstoff, Impfung
2. Absturz der Gesamtwirtschaft durch Einschränkungen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen führen zu **Steuerausfällen** beim Bund, den Ländern und Kommunen und Sozialversicherungen
3. Nach dem Grundsatz Hilfe für schuldlos in die Krise geratenen Unternehmen durch **Überbrückungsmaßnahmen**
 - * Sonderregelung **Kurzarbeitergeld** (in der Spitze über 8 Mio. Betroffene)
 - * Zwischen **Bazooka** und **Wums**: 130 Mrd. € **Konjunkturpaket** (etwa Kinderbonus / temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes, Stabilisierung der Sozialsysteme, aber auch ökologische Investitionen, siehe Grafik „Das Konjunkturpaket“)
 - * Nachbesserung am 3.2.2021 (u.a. Steuerhilfen Unternehmen, Kinderbonus, Hilfen für Kulturbranche, 7% MwSt. Gastronomie)
 - * **November-/Dezemberhilfen + Überbrückungsmaßnahmen I, II, III**
 - * **Unternehmer*innen-Lohn** für Inhaber*innen geführte Unternehmen
 - * **Soloselbständige** (neuerdings statt Fixkostenübernahme Zuschuss zu Betriebskosten)
 - * **Großunternehmen** (auch Garantien etwa an TUI / Lufthansa mit 9 Mrd. €)

Staatliche Regulierungen (indirekte Kosten): Verpflichtung zum Homeoffice, mobilitätsentzerrende Arbeitszeitmodelle, Hygiene-Konzepte

Das Konjunkturpaket

Die zehn größten Posten,
in Milliarden Euro



Wie wird die staatliche Corona-Rechnung derzeit finanziert? Ohne Finanzierungsvorbehalt: Staatsschulden

1. Schätzung zu den Gesamtlasten: über 1, 5 Billionen Euro (Anpassung 2020/2021/2022: 1,32 Bio. €)

- * **Haushaltswirksame Ausgaben** für medizinisches System / Maßnahmen Konjunkturpaket (vor allem Überbrückungshilfen / Wirtschaftsstabilisierungsfonds (auch Kapitalbeteiligungen etwa LUFTHANSA)
- * **Garantien** in Form von Bürgschaften / Schnellkredite/ Beteiligung des Bundes am EU-Wiederaufbauprogramm

2. Belastungen der öffentlichen Haushalte

- * Notwendige Ausgaben ohne Finanzierungsvorbehalt über öffentliche Kreditaufnahme
- * Staatsschuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt steigt auf über 70% (nach EU-Stabilisierungskriterien maximal 60%)

Schulden des Gesamtstaats 2020: + 273,1 Mrd. € (+ 14,4%) auf 2,171 Bill. € Ende 2020

Schulden Bund und Länder

+ Nettokreditaufnahme des **Bundes**:

2020: 130,5 Mrd. € / 2021: 214 Mrd. € / 2022: 81,5 Mrd.€ = 426 Mio. €

+ Nettokreditaufnahme der **Länder**: deutlich über 60 Mrd. €

In Deutschland: Corona-Rechnung und Streit um die Schuldenbremse

1. **Schuldenbremsen für Bund und Länder** gelten in Deutschland (maximal 0,35% strukturelle Neuverschuldung bezogen auf BIP beim Bund und 0 % bei den Ländern (EU-Fiskalpakt maximal 3%, Staatsschuldenstand maximal 60% bezogen auf BIP).

2. **Schuldenbremse** seit 2020 in Deutschland **ausgesetzt**: „im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ (Art. 115 GG)
Auch in der EU sind Fiskalregeln ausgesetzt.

3. Der **alte Streit** über die Schuldenbremse: Öffentliche Investitionen auch zugunsten künftiger Generationen sind nicht mehr über Kreditaufnahme zu finanzieren: **Doppelte Bremse** für die Infrastrukturinvestitionen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Grundlegende Reform erforderlich!

4. **Logik der Schuldenbremse Rückkehr zu den Tilgungsregeln** in einem „angemessenen Zeitraum“ (nach Art. 115 GG) nicht sinnvoll.
Derzeitige Gesetzeslage ab 2023 nur 2 Mrd.€; dann aber 19 Mrd. € bis 2043

Die derzeit absehbare Neuverschuldung und Tilgung des Bundes (aktueller Stand)

1. Schuldenbremse beim Bund bleibt bis 2022 außer kraft

(zuvor von 2014 bis 2019 jährliche Null-Neuverschuldung)

2. Neuverschuldung beim Bund von 2020 bis 2022 : 470,7 Mrd. €

2020: 130,5 Mrd. € / 2021: 240,2 Mrd. € / 2022: 99,7 Mrd. € (nach Planung der bisherigen Bundesregierung)

3. Tilgungsverpflichtungen beim Bund (bisherige Haushaltsplanung)

von 2023 mit 2,3 Mrd. €, steigt auf 20,5 Mrd. € ab 2026; dann jährliche Tilgung bis 2043

Dauer der Tilgungspläne: **Bund** 20 Jahre / **NRW** 50 Jahre / **Baden-Württemberg** 10 Jahre / **Bremen** 20 Jahre

Bange Frage: Wie werden die 20 Mrd. € an jährlicher Tilgung ab 2026 finanziert?

Kurzer Blick auf den Bremer Haushalt

(Entscheidungen zum Doppelhaushalt für das Land Bremen 2022 + 2023)

Zwei Corona-Folgen für die Kreditfinanzierung in den Haushalten des Landes Bremen

Erstens: Einnahmeausfälle (2022/23 jeweils knapp um 300 Mio. €

Zweitens: Coronabedingte Ausgaben vor allem über „Bremen Fonds“(1,2 Mrd. €)

Die Folge: Anstieg der Staatsverschuldung von 2019 (10,003 Mrd. €) auf 22,584 Mrd. € in 2023 (+125%)

Tilgungsplan Freie Hansestadt Bremen:

* Tilgung bis 2023 ausgesetzt / ab 2024 gilt wieder Schuldenbremse: Tilgung 80 Mio. €

* Ab 2024 pro Jahr 149 Mio. € (einschließlich der 80 Mio.€ die Bremen im Zuge der Sanierungshilfen tilgen muss)

Wie werden die 149 Mio. € pro Jahr finanziert?

Wie sollen die jährlichen Tilgungen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden?

Widerspruch zur öffentlichen Investitionspolitik:

- * Öffentlicher Investitionsbedarf: 500 Mrd. € /über 10 Jahr pro Jahr 50 Mrd. €
- * Spezielle ökologische Umweltprogramme (Beispiel: 10 Mrd. € für
- * Flutkatastrophe mindestens 30 Mrd. €
- * Vorsorge für Maßnahmen zur Bewältigung der vierten Corona-Welle

Der große Widerspruch: Trotz wachsender öffentlicher Investitionen:

- * CDU /CSU und FDP uneingeschränkte Rückkehr zur Schuldenbremse nach Art. 109 /115 GG
- * SPD / Die Grünen plädieren für eine investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse
(Ausgliederung öffentlicher Gesellschaften)

SPD und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordern eine investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse.
DIE LINKE besteht auf der Abschaffung der Schuldenbremse: zurück zur goldenen Regel“ +
gerechter Steuerfinanzierung

Wie mit den Corona bedingten Staatsschulden umgehen?

1. Endogene Wachstumsdynamik: Aus den Staatsschulden per Wachstumsboom herauswachsen (Olaf Scholz etwa Gesamtschuldenquote von 75 auf 60%): ökonomisch naiv / ökologisch katastrophal

2. Schuldenabbau durch zügige Tilgung

Beispiel: Bund setzt bis zum Ende der Pandemie 400 Mrd. € an Krediten ein und beginnt umgehend die Tilgung (nach dem Bundesfinanzminister spätestens ab 2023)

Bei einer Tilgungsdauer von 20 Jahren beträgt die jährliche Tilgungssumme 20 Mrd. €.

Wie soll dieser Betrag jährlich finanziert werden?

Kürzungen Staatsausgaben / Steuersenkungen für Unternehmen mit der Hoffnung auf induziertes Wachstum / Steuererhöhungen bei Massensteuern (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer) oder höhere Unternehmenssteuern?

Neoliberale Austeritätspolitik: ökonomisch und ökologisch schädlich / sozial spaltend

3. Schulden strecken: von 20 auf 40 Jahre Tilgung (+ Deutschlandfonds 450 Mrd. € mit Kreditaufnahme)

4. Dauerhafte Schulden (ohne Tilgung)

* Schulden sind gesamtwirtschaftlich finanzierbar und intergenerativ sinnvoll

* In Richtung „Ewigkeitsanleihen“ (George Soros)

Ökonomische Argumente :

+ Zinsen bleiben in der Nullzone wegen des Übersparens

+ Inflationsgefahr nicht gegeben

+ Keine Verdrängung privatwirtschaftlicher Investitionen (Crowding out)

+ Run auf Staatsanleihen auch bei negativen Renditen; Staat verdient mit der Ausgabe von Anleihen

Europäische Zentralbank unterstützt Schuldenfinanzierung als dauerhaftes Finanzierungsinstrument

Die EZB entlastet die 19 Mitgliedsstaaten vom Schuldenanstieg durch eine Art indirekter Geldschöpfung (Kauf von Staatsanleihen von den Banken / Übernahme in die EZB-Bilanz)

Zum „Asset Purchase Programm“ (AAP) mit über 2,4 Bill. € hinzu:
Das zusätzliche **Pandemie-Notfallankaufprogramm ab März 2020:**

„ Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP“

Geldpolitische Sondermaßnahme gegen Risiken der Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet durch Corona-Krise

Das PEPP ist ein zeitlich befristetes Programm zum Ankauf von Wertpapieren des privaten und des öffentlichen Sektors

Das Volumen wurde im Dezember 2020 von ursprünglich 750 Milliarden € auf **1,85 Bio. €** erhöht.

Erstes Fazit zum PEPP:

Im Vergleich zu den infolge der Corona-Krise aufgenommen Staatsschulden im Eurosystem ist ein darüber hinausgehender Betrag zur Schaffung von Liquidität den Banken abgenommen worden!

Wie mit den Corona bedingten Staatsschulden umgehen?

5. Staatsschulden in der Modern Monetary Theory (eigens Kapital im Memo 2021)

(Stephanie Kelton / Elizabeth Warren / Alexandria Ocasio-Cortez / Dieter Ehents / Maurice Höfgen)

Staat verfügt über Währungsmonopol: Kann die Schulden schaffen, die er für seine Aufgaben benötigt

(Notenbank als Abteilung der Finanzpolitik)

+ Staatsverschuldung dient der Mobilisierung volkswirtschaftliche Ressourcen und sichert Arbeit:
Schuldenbremse abgeschafft, restriktive Finanzpolitik überwunden.

+ Nur Inflationsgefahr wird gesehen: Mit Steuererhöhungen Nachfrage abschöpfen

Problem: **Währungsmonopol** liegt nicht bei den Mitgliedsstaaten, sondern der EZB

Politisch komfortabel, denn bei der Staatsfinanzierung entfällt Verteilungsfrage:

Wer trägt die Steuerlast?

MMT muss noch diskutiert werden: Kein Allheilmittel

6. Abschaffung der Schuldenbremse: Rückkehr zur „goldenen Regel“

7. Vorschlag bei politisch erzwungener Rückkehr zur Tilgung: Einmalige Vermögensabgabe

* Einrichtung eines Corona-Solidarfonds für alle Gebietskörperschaften

* Das Modell der Vermögensabgabe:

6. Tilgung der Corona erzeugten Staatsschulden durch steuerpolitischer Maßnahmen mit gerechter Lastverteilung finanzieren: Beispiele in der Diskussion

- * Ein Corona-Soli mit Mehreinnahmen (Schätzung 6,5 Mrd. € pro Jahr)
- * Steuerschlupflöcher für Unternehmen schließen und die Grundsteuer erhöhen: pro Jahr geschätzte Mehreinnahmen insgesamt 34 Mrd. €
- * Erhöhung der Erbschaftsteuer mit geschätzten 6 Mrd. € Mehreinnahmen im Jahr
- * Einmalige Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz von 1952: 19 Mrd. € pro Jahr nach dem unten vorgestellten Modell
- * Einbettung in eine allgemeine, jährlich erhobene Vermögensteuer (34 Mrd. € Mehreinnahmen nach Schätzung von Stefan Bach)

Vorschlag: **Einmalige Vermögensabgabe**

Vorschläge zu einer einmaligen Vermögensabgabe

Zielgruppe der Vermögensabgabe: **Das oberste Prozent der Vermögenden am gesamten Nettovermögen**

Die Vermögenskonzentration ist nach Schließung der Datenlücke im Bereich hoher Vermögen größer als zuvor
Anteil des obersten Prozents der Vermögensverteilung am gesamten Nettovermögen

Datenbasis: „klassisches“ SOEP
mit unzureichender Abdeckung sehr hoher Vermögen



Datenbasis: SOEP + neue Zusatzstichprobe im Bereich hoher Vermögen (SOEP-P) + Reichenliste des Manager Magazins



Schließen
der Datenlücke

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (soep.v35), SOEP-P (vorläufige Gewichte und vorläufige Vermögensangaben für das Jahr 2019), Manager Magazin (Reichenliste 2017); eigene Berechnungen mit gewichteten Werten.

© DIW Berlin 2020

Verteilung des Vermögens der Erwachsenen in Deutschland 2017

Erwachsene	Vermögenswert		Anteil am gesamten Nettovermögen (13,7 Bio. USD = 12,1 Bio. EUR)
	in Bio. US-Dollar	in Bio. EUR	
Die ärmsten 50 %	0,3	0,3	2,4 %
Die 40 %, die zwischen den ärmsten 50 % und den reichsten 10 % liegen	4,5	3,9	32,5 %
Die reichsten 10 %	8,9	7,9	65,2 %
Die reichsten 1 %	3,9	3,5	32,3 %

Quelle: Credit Suisse, Global Wealth Databook 2017, November 2017.

Einmalige Vermögensabgabe (Lastenausgleich) zur Finanzierung des Corona-Solidaritätsfonds (Bund / Länder / Gemeinden)

- * Historischer Vergleich: Lastenausgleichsgesetz von 1952 zur gerechten Finanzierung der Kosten des Wiederaufbaus und der Integration der Flüchtlinge aus dem Osten Europas**
- * Einmalig Vermögensabgabe, deren Aufbringung auf mehrere Jahre verteilt wird**
- * Finanzierung einer einmaligen historischen Last nach Art. 106, Satz 5: „... die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben“**

DIW-Studie zur einmaligen Vermögensabgabe Ausgewähltes Modell einer Vermögensabgabe durch die Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Quelle: Stefan Bach, S. (2020): Vermögensabgabe DIE LINKE: Aufkommen und Verteilungswirkungen – Forschungsprojekt im Auftrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der Rosaluxemburg-Stiftung)

Mögliche Ausgestaltung der Vermögensabgabe DIE LINKE (Option)

Persönlicher Freibetrag		2 Mio. EUR
Freibetrag für Betriebsvermögen und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften		5 Mio. EUR
Eingangsabgabesatz	Satz	10 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	1 EUR
Spitzen-Abgabesatz	Satz	30 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	100 Mio. EUR
Tarifverlauf		Linear-progressiver Tarif
Tilgungsfrist		20 Jahre
Verzinsung bei Teilzahlung		Basiszinssatz (§ 247 BGB) zuzüglich von 2 Prozentpunkten und einem Mindestsatz von 2 %
Aufkommen laut Studie	insgesamt	310 Mrd. EUR
	pro Jahr	19 Mrd. EUR
Belastung der reichsten ... % der erwachsenen Bevölkerung		0,7 %

- Idee des Lastenausgleichs

Lastenausgleichsgesetz von 1952:
Sonderlasten durch Krieg und Flucht:

Einmalige Vermögensabgabe:

- * 50 %
- * gestreckt auf 30 Jahre (1,67% bei maximal 120 Raten, pro Jahr in 4 Raten)

Gefordert:

- * Andreas Bovenschulte
Bürgermeister HB
- * Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
- * Studie DIW: Basis
Vorschlag: DIE LINKE

Basis: Art. 106 GG :
„einmalige Vermögensabgabe ... zur Durchführung des Lastenausgleichs“

Lehren aus der jüngsten Pandemie (welche die letzte nicht sein wird): Umbau in Richtung sozial-ökologischer Transformation forcieren!

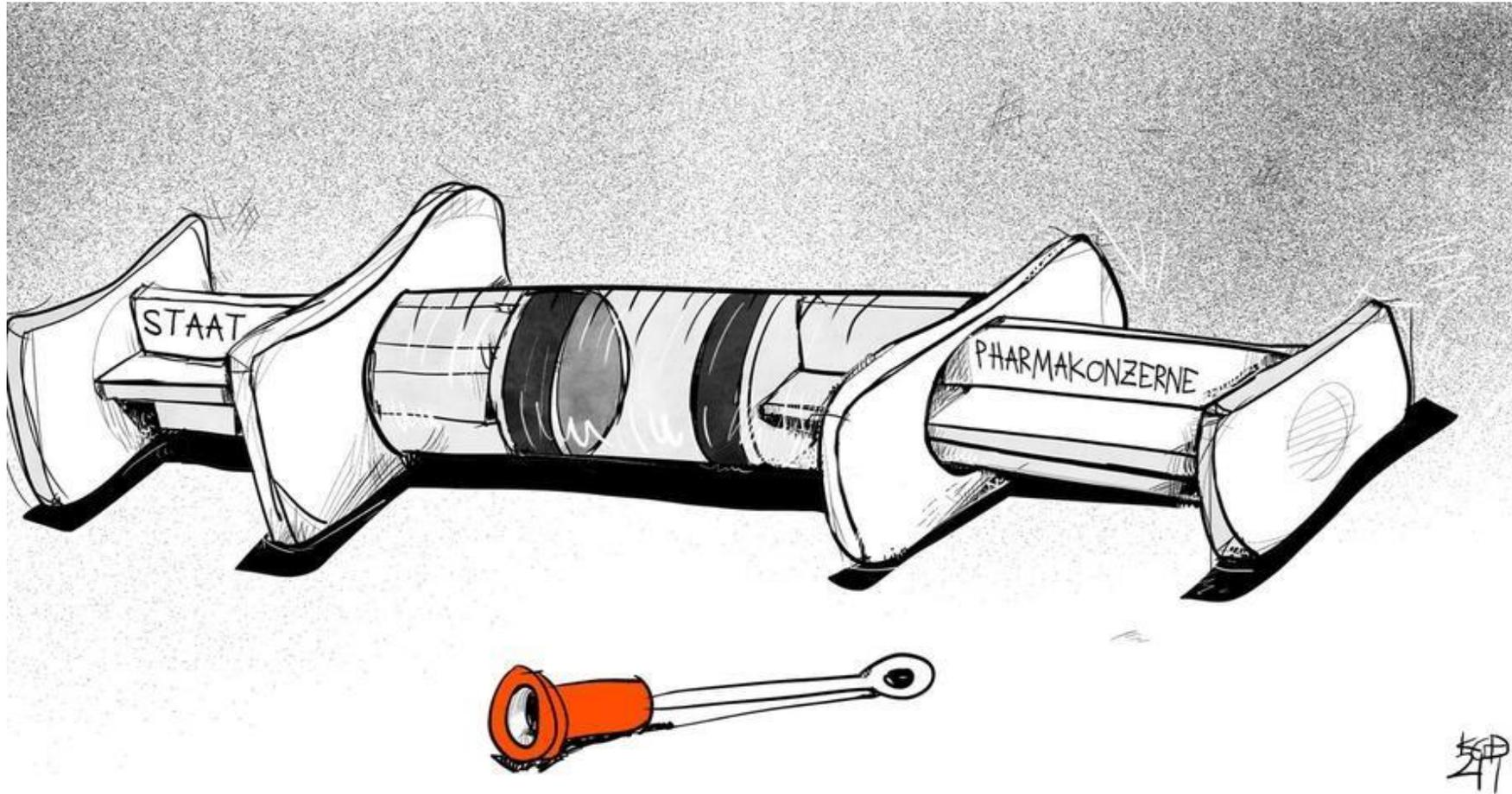
- 1. Globalisierung 1: Zoonosen vermeiden durch Ende der In-Landnahme von Lebensräumen** Ursachen der Pandemien durch Vordringen der Menschen in bisher abgeschotteten Lebensräume von Wildtieren
Vordringen der Menschen im Zuge der Kolonialisierung und damit schrumpfende Lebensräume für Wildtiere; ökonomische Inlandnahme und damit nimmt Überspringen von Tierkrankheiten auf Menschen; Zoonosen-Risiken bremsen)
Klimakrise und Verlust der Biodiversität greifen in einander.

Antwort: Globale, präventive Politik: Kampf zum Erhalt gegen Eroberung von Naturräumen / Kampf für Biodiversität (**EU- Biodiversität-Strategie** forcieren)!

- 2. Globalisierung 2: Profitwirtschaftliche getriebene Lokalisierung der Medikamentenproduktion bremsen!**
 - * Abhängigkeit von lebensnotwendigen Medikamenten und Wirkstoffen, die nur in wenigen Ländern produziert werden; dadurch Lieferengpässe (Beispiele: Antibiotika-Produktion in Indien / China sowie Engpässe in der EU bei Medikamenten der Intensivmedizin)
Antwort: Nationale /EU- Liefersicherheit durch Produktionsstandorte und Vorratspolitik
 - * Spaltung der Welt durch privatwirtschaftlich Patente für Impfstoffe und damit Herstellungszugang zu den Rezepturen/ Impfstoffproduktion in unterversorgten Ländern möglich
Antwort: Patente für Impfstoffe quasi-öffentliche Gut mit jahrzehntlanger staatlicher Finanzierung der Forschungsarbeiten an mRNA-Impfstoffen; weltweit freigeben (Vorschlag von Joseph Stiglitz)

Der virulente Konflikt

- ➔ Impfung ein öffentlich zu garantierendes (meritorisches) Gut
- ➔ Impfstoff: Produkt der Pharmaindustrie (mit staatlichen Forschungsgeldern)



3. Globalisierung 3: insgesamt mit Lieferkettengesetz und resilienten Lieferketten

- * Faire Internationale Arbeitsteilung: **Lieferkettengesetz: Gegen Ausbeutung menschlicher Arbeit und Natur**
- * **Generell** Stärkung der lokalen Güter- und Dienstleistungsproduktion und Neuordnung weltweit resilienter Lieferketten

4. Gesundheitssystem muss als öffentliche Infrastruktur staatlich gesichert werden:

Dominanz des **öffentlichen Gutes** gegenüber gewinnwirtschaftlichem System

Statt Bettenabbau öffentliche Krankenversorgung in der Provinz, Verhindern sozialer Exklusion

Virulenter Konflikt beim Impfstoff: Pharmaunternehmen, Patente, staatliche Förderung!

Freigabe von Patenten wird gefordert (Sven Giegold).

5. Führungsrolle des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft stärken: Vermachtete Märkte in Ordnungsrahmen einbinden. Dazu ist ein handlungsfähiger, finanzierbarer, demokratischer Staat erforderlich. Stärkere Einbindung der Parlamente in grundsätzliche Entscheidungen.

6. Spezialaufgaben: Gute Arbeit stärken / Armut bekämpfen

* Ausrichtung des Arbeits- und insbesondere des Tarifrechts auf die Bedingungen digitalisierter Arbeit (Homeoffice, neue Arbeitszeitmodelle)

* Maßnahmen gegen die Verschärfung der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise (Armutsbekämpfung auch durch ausreichende Grundsicherung und Mindestlöhne sowie Kinderbonus-/Kindergeld)

7. Beim Re-Start die Rückkehr zu Vor-Corona-Zeit vermeiden:

Die ökologische soziale Transformation vorantreiben

Beispiel: Reduzierung der Mobilität etwa durch (Verzicht auf Inlandsflüge); Pendlerverkehre nachhaltig gestalten;

Weltweit ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (gegen Pandemieausbrüche)

- Nicht nur auf CO₂- Reduktion setzen, sondern Gesamtkonzept mit Ge- und Verboten, Öko-Investitionsprogrammen
- Umweltpolitik muss sozial begleitet werden.

8. Revitalisierung der solidarischen Gesellschaft:

Ausstieg aus dem Neoliberalismus - zurück zur Verantwortungsethik

Gegen den rücksichtslosen *Ego-Zentrismus mit der Fiktion des „homo oeconomicus“* (Stichwort *Spaßgesellschaft*)

Wieder Buchstabieren lernen:

Die Basis für Staat und Gesellschaft ist die Verantwortung der Menschen für eine soziale und ökologische Zukunft im Klima eines solidarisch-emanzipatorischen Individualismus nach dem Motto: „Was den anderen schützt und damit nützt, nützt auch mir.“

Lernen von der Solidarität der Arbeiterbewegung: Kollektiver Schutz vor Ausbeutung zur Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse!